

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Landes-Zeitung. 1870-1918 1899**

11 (13.1.1899) Parlaments-Ausgabe

**Ausgabe:**  
Abh. 2. Aufl. mal.  
Abonnementpreis:  
vierteljährlich:  
in Karlsruhe durch  
eine Agentur bezogen:  
2 Mark 50 Pf., in  
das Haus gebracht:  
2 Mark 80 Pf., durch  
die Post ohne Zustell-  
gebühr 2 Mark 50 Pf.  
Vorausbezahlung.

# Badische Landeszeitung

mit täglichem Unterhaltungsblatt und Verlosungsbeilage.

**Engelgebühren:**  
Die 1/2paltige Kolum-  
nelle ober berecht.  
Raum für 20 Zeilen  
Inserate 15 Pf., für  
anständige 20 Pf., im  
Stellenteil 60 Pf.,  
Bei größeren Auf-  
trägen entsprechende  
Rabatt.

Parlaments-Ausgabe.

Karlsruhe, den 13. Januar 1899.

## Parlamentarische Verhandlungen.

Nachdruck ohne Vereinbarung nicht gestattet.

### Deutscher Reichstag.

8. Sitzung vom 11. Januar.

Das Haus ist schwach besetzt.  
1 Uhr. Am Bundespräsidenten: Graf Posadowsky, Hr.  
v. Hammerstein u. A.  
Zu Mitgliedern der Kommission für Arbeiterstatistik  
werden folgende Abgeordnete gewählt: Bauermeister,  
Hr. Seyl zu Herrnsheim, Dr. Hipe, Jacobkötter,  
Hr. Volkenbühr, Schmidt-Eberfeld, Petosa.  
Sobald werden auf Grund der betreffenden gesetzlichen Be-  
stimmungen zu Mitgliedern der Reichsschuldenkommission gewählt die  
Abgg. Camp, Dr. Paasche, Schmidt-Warburg und zur  
Verständigung dieser Kommission die Abgg. Petosa, Kropatschek  
und Dr. Pagnick.

Hierauf legt das Haus die Besprechung der Interpellation  
v. Wangenheim, betr. die Fleischpreise fort.

Abg. Stolle (Soz.): Aus der Wahrnehmung ihrer Interessen  
mache ich den Agrarier keinen Vorwurf, sie dürfen es und aber  
auch nicht verlangen, wenn wir die Interessen der Konsumenten ver-  
treten. Wie man Angesichts der statistischen Daten das Befinden  
einer Fleischnoth bestreiten kann, ist mir nicht verständlich; für  
Oberschlesien haben Sie (nach rechts) ja selbst die Fleischnoth zu-  
gesehen müssen. In allen Provinzen ist die Schlachtung von  
Schweinen zurückgegangen, es sind Tausende von Schweinen weniger  
geschlachtet als in früheren Jahren. Die Folge davon ist eine  
Erhöhung, die die Konsumenten drückt. Wir haben hier nicht die  
Wichthändler zu schimpfen, sondern in erster Linie den armen Mann,  
der heute weit mehr für das Fleisch zahlen muß, als vorher. Im  
Königreich Sachsen z. B. beträgt die Mehrzahl einer Arbeiter-  
familie in Folge der Verbilligung des Fleisches pro Jahr 20 Mk.  
Wollen die Agrarier vielleicht eine Fleischsteuer einführen? Ich  
glaube nicht, denn sie würden sich dadurch schlechter stellen. Wenn  
es noch eines Beweises bedarf, daß wirklich ein Mangel an  
frischem Fleisch vorhanden ist, so wird jeder Zweifel wider-  
legt durch die Annonce einer schlesischen Zeitung, „Mozz-  
und Handfleisch ist billig zu verkaufen.“ (Lurbe rechts.) Dahn  
also ist es gekommen durch die kurzfristige Politik einer Regierung,  
die einseitig die Interessen der Produzenten besetzt. Schlimm-  
genug, daß die Agrarier die große Frage nur von ihrem Interessen-  
standpunkt aus behandeln und verlangen, daß das gesamte Volk  
unter diesen Interessen leiden soll. Dem kleinen Bauer wird durch  
die agrarische Politik nicht geholfen, denn es läßt sich statistisch  
nachweisen, daß die Vermehrung der Viehproduktion lediglich dem  
Großvieh zu gute kommt. Der Abg. Gerstenberger legt zum  
Nutzen der Bauern müssen wir die Grenze sperren. Nein, im  
Gegenteil, zum Schaden der Bauern haben Sie die Grenze gesperrt.  
Widerrechtlich und im Centrum. So wenig, wie der Bauer von den  
Getreidepreisen einen Vorteil hat, so wenig hat er einen Vorteil  
von der Grenzsperrung (Rechts). Nun hat man zur Ver-  
theilung der Grenzsperrung auf die Seuchengefahr hingewiesen.  
Die baltische Regierung aber hat selbst erklärt, daß eine Seuche  
nicht mehr vorhanden ist. Wenn in der Thronrede gesagt ist, daß  
wir in freundschaftlichen Beziehungen zu den Nachbarstaaten stehen,  
so nimmt es sich doch dem gegenüber sonderbar aus, daß wir den  
Bauern der baltischen Regierung nicht glauben schenken. Einem  
Freund, dessen Worten ich nicht glaube, schreie ich doch nur  
sehr gering. Das Hauptmotiv, das die Regierung leitet,  
ist eben das Interesse der Grundbesitzer und Vieh-  
züchter; deshalb haben wir die Pflicht, Alles anzubieten,  
um hier Wandel zu schaffen. Und besteht denn im Inlande keine  
Seuchengefahr? Es ist doch bekannt, daß die Arbeiterwohnungen  
in Ostpreußen weit ungesünder sind als die Viehhäuser im Westen.  
(Lurbe rechts.) Hierauf sollte die Regierung einmal ihre Auf-  
merksamkeit lenken und die von dort drohende Seuchengefahr be-  
kämpfen. Soll dem Volke wirklich geholfen werden, so müssen die  
Grenzen geöffnet und freie Bahn für Handel und Verkehr geschaffen  
werden. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Wiesner (konf.): Von der linken Seite ist auch jetzt  
wieder das alte Schlagwort erhoben worden, nur die Zucker- und  
Nobelen haben Vorteil von den Getreidepreisen und den Vieh-  
preisen. Aber das ist nicht richtig, gerade der kleine Bauer hat den Nutzen  
davon. (Beifall rechts.) Wenn soll der kleine Bauer leben, wenn nicht  
von der Viehzucht und vom Getreidehandel, aber er kann nur davon  
erleben, wenn die Preise lebendig sind. Sobald die Grenzen ge-  
öffnet werden, sinken die Preise umgehend. Der Bauer hat seine  
Körner und seine Milch nicht umsonst, mit der er die  
Schweine aufzittert. Die liberalen Schlagwörter hat man  
auf dem Lande längst erkannt, es ist ein wahrer Hohn, von einer  
Fleischnoth zu sprechen. Nicht unter den Industriearbeitern herrscht  
die größte Armuth, nein auf dem Lande herrscht sie unter den  
kleinen Landwirthen. Wenn der Landwirt nicht verdient, kann  
er auch den Handwerker nichts verdienen lassen. Hat der Bauer  
Geld, dann haben wir alle was. Es handelt sich hier um  
Erntefragen der Landwirtschaft und wenn Sie (nach links) das  
sagen, so zeigen Sie wieder, daß Sie nichts von der Landwirt-  
schaft verstehen (Beifall rechts). Wenn der Bauer weiter so be-  
kämpft werden soll, daß man vielleicht das Getreide und das Vieh  
ganz tollfrei einführen soll, dann geht der Bauerhand zu  
Grunde und mit ihm auch der Handel und die Industrie.  
Es ist nicht bewiesen worden, daß die deutsche Landwirtschaft zur  
Vollernährung nicht ausreicht. Im Gegenteil, das Angebot ist  
größer als die Nachfrage. Die hohe Reichsregierung hat schon viel  
zu viel den Wünschen der äußeren Einkaufen in der Sozialpolitik  
nachgegeben. (Lurbe links, Beifall rechts.) Möge sie sich so stellen,  
daß sie den freien und lokalen Bauerhand beibehalten kann,  
dann dieser ist die beste Stütze des Thrones und des Alters.  
(Beifall rechts.) Ein Staat, der die Landwirtschaft schätzt, ist un-  
besiegbar. (Beifall bei den Soz.)

Staatssekretär Graf v. Posadowsky: Der Abg. Stolle hat  
jüngst von einem Rückgang der Einfuhr gesprochen und daraus  
den Schluß gezogen, daß in Deutschland eine Fleischnoth in Folge  
der verminderten Einfuhr vorhanden sei. Die amtliche Statistik  
erweist aber, daß von einer bedeutenden Verminderung der Einfuhr  
nicht die Rede sein kann. Wenn man das Fleischgewicht des ein-  
geführten Schlachtwiehs auf den Kopf der Bevölkerung berechnet,  
so wurden eingeführt: 1891: 2,6 Kg., 92: 3 Kg., 93: 2,1 Kg., 94:  
2,1 Kg., 95: 2,1 Kg., 96: 1,4 Kg., 97: 1,7 Kg., und 98: 2,1 Kg.  
Gegenüber diesen Zahlen kann man doch nicht von einer be-  
deutenden Verminderung der Einfuhr reden. Ferner muß man in  
Betracht ziehen, daß die Viehzucht in Deutschland selbst in den  
letzten Jahren einen ganz bedeutenden Aufschwung genommen hat;  
es ist in dieser Beziehung nicht nur in Großbetrieben, sondern auch  
in kleinbäuerlichen Betrieben eine rationellere Wirtschaftsmethode  
eingeschlagen worden. Das kleine, elende, stümpfige Vieh, das man  
früher oft antraf, ist jetzt absolut nicht mehr vorhanden. Zu den  
Jahren 1892-97 ist der Viehbestand im prozentualen Verhältnis  
stärker angewachsen als die Bevölkerung. Der Abg. Stolle hat be-  
sonders von den schlesischen Verhältnissen gesprochen und hat darauf  
hingewiesen, daß gerade dort die Preise bedeutend gestiegen seien.  
Ich habe hier einen Auszug einer sehr renommierten Firma aus dem  
Schlesien, in welchem die Viehpreise, die in den einzelnen

Jahren gelöst wurden, enthalten sind. So wurden beispielsweise  
für Dänen erzielt 1891: 33-36 Mk., 1893: 33-34 Mk., 1895:  
36 Mk., 1897: 33 Mk., 1898: 34-35 Mk. (Rechts) verliest noch  
eine große Anzahl von statistischen Mittheilungen, die jedoch bei der  
großen Unruhe und Unaufmerksamkeit auf der Tribüne unverständlich  
sind.) Auch die anderen Angaben, die der Abg. Stolle gemacht hat, stehen  
im krassen Widerspruch zu den amtlichen Notierungen. Wir müssen  
darauf halten, daß die Seuche von uns fern gehalten wird, trifft  
die Seuche doch die kleinen Bauern viel härter als die großen.  
Jeder kleine Bauer hat nicht die Mittel, um einen verendeten  
Viehbestand niederzulegen und neu aufbauen zu lassen. Die Be-  
hauptung, daß die Niederlande seuchenfrei sind, ist falsch.  
Wir pflegen zwar sonst gerne den Mittheilungen, die man uns  
macht, Glauben zu schenken, müssen jedoch auch unsere eigenen  
Informationen in Betracht ziehen. Nach der Statistik ergibt sich  
aber, daß im Jahre 1898 in Holland 5270 Fälle von Maul-  
und Klauenseuche und 796 Fälle von Schweineseuche vorgekommen sind.  
Der Herr Reichskanzler ist gerne bereit, auf die Interessen  
der Konsumenten Rücksicht zu nehmen, er darf jedoch  
diesen nicht ein Recht gewähren und damit ein anderes Recht ver-  
leihen. Wir dürfen doch nicht der schädlichen Verbilligung etwas  
billigeres Fleisch verschaffen, wenn wir damit der ländlichen Minder-  
heit einen unheilbaren Schaden thun. (Beifall rechts.) So lange  
nicht ein schlüssiger Nachweis geführt wird, daß die Volksernährung  
ernstlich gefährdet wird, werden wir für die ländliche Minderheit  
eintreten. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Paasche (nl.): Meine Freunde haben die Inter-  
pellation mit Interesse und mit Einbezug, weil sie glauben,  
daß es notwendig sei, die nationale Frage, ob Deutschland im  
Glande sei, seinen Viehbestand auf der hinreichenden Höhe zu er-  
halten und die Bevölkerung zu ernähren, zu erörtern. Ich  
glaube, die Erklärungen der verschiedenen Regierungen und  
die Vorlegung des sachverständigen autoritativen Materials  
haben gewiß den Eindruck hervorgerufen, daß von  
einer beschränkten Fleischnoth nicht geredet werden kann  
und daß eine solche auch für die Zukunft nicht zu befürchten ist.  
Ich habe also volle Anerkennung dafür, daß die Frage hier zur  
Sprache gekommen ist. Die Klärung, die sie hier gefunden hat,  
muß zur Verbilligung beitragen.

Wollen Sie einmal das einander gegenüberstellen, was gestern und  
heute von gegnerischer Seite vorgebracht worden ist, mit dem was  
noch vor wenigen Monaten über die angebliche Fleischnoth von jeder  
Seite angeprochen und geschrieben wurde! (Sehr gut rechts.)  
Ich erinnere nur daran, wie arg man in Verklammerungen  
den Mund voll nahm und so that, als ob die Arbeiter  
nächsten Verbündeten müßten, als ob die Agrarier das Volk  
anklagten. Nun, was hat gestern Herr Fischbeck gesagt? Er kam  
in Summa darauf hinaus, man müßte doch in der Deutung der  
Grenzen für etliche Industriestädte etwas billiger verfahren. Ja,  
wenn Sie weiter nichts wünschen, warum thäten Sie dann so, als  
ob Gegenstände vorhanden wären, die sich überhaupt nicht überbrücken  
ließen? Was Herr Fischbeck will, können wir eigentlich ohne Weiteres  
genehmigen. Auch die Dignität des Bundes der Landwirthe legen ja dem  
Herrn Fischbeck in den Weg, daß an Stellen, wo besondere Fleischnoth  
vorhanden ist, die Grenze geöffnet wird. Also eine sachliche Maß-  
nahme ist aus der ganzen Sache herausgekommen. Das eine allgemeine  
Fleischnoth besteht, wagen Sie (zu den Freiwüthigen) hier  
nicht mehr zu sagen, nur der Abg. Stolle hat noch be-  
haupten können, daß die Arbeiter, um sich zu ernähren,  
junge Hunde essen müßten. (Heiterkeit.) In seinen Verkläm-  
mungen über die Fleischpreise von früher und jetzt scheint Herr Stolle  
die Begriffe Hund und Klogramm mit einander verwechselt zu haben.  
Die 1,50 Mk., die jetzt das Kilo Schweinefleisch kosten soll und mit  
denen Herr Dr. Woch in seiner Broschüre operirt, haben vielleicht  
gerade in jenem Monat als Preis bestanden, als er seine Broschüre  
schrieb, aber nun sind die Preise wieder sehr schnell gesunken. Am  
wenigsten verstehe ich es, wie man solche Zahlen dazu benutzen  
kann, um den Eindruck zu erwecken, als ob es sich hier um eine  
eintägliche Interessenspolitik der Agrarier handle. Jedenfalls ist  
die Berliner Petition das Maximum von dem, was man der Volkser-  
nährung in dieser Beziehung thun kann. (Beifall bei den Soz.)

In dieser Petition wird beispielsweise gesagt, in Folge der Grenz-  
sperrung seien die ausländischen Viehzüchter genöthigt, ihren Vieh-  
bestand zu vermindern, und dadurch sei das Vieh im Auslande  
theurer geworden. Wir sollen also durch Deffnung der Grenzen  
dafür sorgen, daß die Ausländer ihr Vieh wieder vermehren können!  
Ja, für das liebe Ausland haben Sie alles Interesse, aber ob  
unser heimische Viehzüchter dabei, ist Ihnen nebensächlich. (Sehr  
richtig links; Lurbe links.) Wenn Sie der ausländischen Vieh-  
zucht dadurch zur Blüthe verhelfen wollen, daß Sie den deutschen  
Viehbestand vermindern lassen, so ist das eine Kollek-  
tion, lediglich zu Gunsten des Auslandes und gegen die Interessen  
der Landwirtschaft. (Sehr richtig rechts.) Jeder, der das Unheil  
gebracht hat, von Viehheiden betroffen zu werden, welche  
Wohlthat ein wirksamer Schutz dagegen gewährt. Die Be-  
hauptung, daß jetzt keine Gefahr mehr vorliege und man die  
Grenzsperrung wieder aufheben könne, ist durch nichts gerech-  
fertigt. So wenig wie früher der Vorwurf der Pro-  
dubierung gerechtfertigt war, ebenso wenig kann man jetzt  
den Landwirthen die Absicht einer Fleischvertheuerung in die Schuhe  
schieben. Damals waren es Spekulationen, die rücksichtslos die Ge-  
treidepreise in die Höhe getrieben hatten. Die Landwirthe hatten  
daran kein Schuld und ebenso streben auch jetzt die Landwirthe  
nur danach, ihren Viehbestand gegen Seuchen hinreichend zu schützen.  
Die Behauptungen des Abg. Stolle, daß nur bei den Groß-  
grundbesitzern der Viehbestand gestiegen ist, ist durchaus unzutreffend.  
Beispielsweise befinden sich nur 415 000 von 9 Millionen Schweinen  
im Besitz von Großgrundbesitzern. Gerade der kleine Besitz trägt  
die Schweinezucht, und da wir heute unter so großem Arbeiter-  
mangel leiden, so ist dem stilleren und kleineren Besitz die Pflege  
dieses landwirtschaftlichen Erwerbszweiges auch am ersten zugänglich.  
Er wird durch den Großbesitz unterstützt. Die Großgrundbesitzer stellen  
die Ferkel zum Verkauf, damit sie der kleine Viehger anwachsen  
kann. Durch die Seuchengefahr aber geht gerade dem Kleinbesitz  
eine seiner besten Einnahmequellen verloren. Die kleinen Viehger,  
die sich früher ein bis zwei Schweine leisten, kamen wieder davon  
ab, weil sie einen Verlust erleiden, obwohl nicht ertragen konnten;  
er bedeutete für sie einfach den Ruin ihrer Existenz. Ich  
sehe deshalb, in denen in früheren Jahren zu jedem dritten  
kleinen Vieh eine Lafer angebracht war mit der Aufschrift: „Zutritt  
verboten wegen Seuchengefahr.“ Da waren es allein die russischen  
Händler, die den Aufschlagsstoff ins Land getragen hatten. Gegen  
die Handelsverträge versteht die Sperrung der Grenze keineswegs,  
denn unsere Vertragsverträge kann dadurch nicht vermindert werden,  
daß wir bestrebt sind, unsere Landwirtschaft durch Schutz gegen  
Seuchengefahr zu erhalten. Die Händler und Zwischenhändler sind  
nicht immer die unheilvollsten Dämonen, als welche sie dargestellt  
werden. Diese Leute verdienen auch leistungsfähige Wege durch den  
Viehverkauf in kurzer Zeit mindestens eben so viel, wie der  
Landwirt durch langwierige Mühe und Arbeit zu gewinnen pflegt.  
Ebenso wenig können die Viehger klagen, daß ihr Geschäft schlecht  
geht; denen liegt wenig daran, daß die Konsumenten billiges Fleisch  
bekommen. Sie wollen sich lediglich die Konkurrenz vom Halse  
halten und darum sind sie auch gegen die Einfuhr von konservirtem  
Fleisch aus dem Auslande. Es handelt sich für die Landwirthe, wie

ich immer wieder betone, nicht um den Wunsch, die Preise zu er-  
höhen, sondern ausschließlich um den Schutz unseres heimischen  
Viehs; wir thun dabei gar nichts Anderes als das Ausland.

Mit der Viehzucht hängt unsere ganze Landwirtschaft zusam-  
men. Deshalb dürfen wir nur dort, wo die Noth groß ist, die  
Einfuhr fremden Viehs zulassen. Uebrigens ist das angebotene  
Kontingent in Oberschlesien durchaus nicht so gering, wie Sie es  
darstellen. Jedenfalls ist es notwendig, daß unsere Landwirthe  
die Ueberzeugung gewinnen, daß das wichtige nationale Kapital,  
das in ihrem Viehbestande steckt, von den veränderten Regierungen  
genügend geschützt wird. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Morfke (B. d. L.) Mit dem Verlauf der Verhand-  
lungen können wir ganz zufrieden sein, denn die Gründe derjenigen,  
die eine Fleischvertheuerung konstatiren, sind wenig schlüssig ge-  
wesen. Die ganze Fleischnothfrage entstand eigentlich erst, als es sich um  
die Agitation für die preussischen Landtagswahlen handelte. Ich  
habe also die Gegner der Wortlaut unserer Interpellation  
vor, aber wir haben diesen Wortlaut gewählt, weil wir  
wußten, daß keine Fleischnoth besteht und in Folge  
dessen die Antwort der Regierung im Voraus kommen  
würde. Die Regierung ist auf dem richtigen Wege, wenn sie die nöthigen  
veterinärpolizeilichen Maßnahmen zur Verhinderung der Seuchen auf-  
recht erhält. Deutschland ist dem Auslande gegenüber viel wider-  
ständiger als das Ausland und gegenüber; selbst Deutschland be-  
trachtet uns nicht allzu rücksichtsvoll. Zum Beweis dafür, daß  
wirklich eine Seuchengefahr besteht, kann ich mich auf die Gut-  
achten der ersten wissenschaftlichen Autoritäten berufen. So ist fest-  
gestellt, daß die Inkubationsdauer bei der Maul- und Klauenseuche  
von 18 Stunden bis 6 Wochen dauert. Veterinärpolizeiliche Maß-  
nahmen sind also durchaus erforderlich. Diese tragen aber keine  
Schuld an der Seuchengefahr. Hingegen ist festgestellt, daß sich z. B.  
in Oberschlesien die Seuchengefahr gebildet haben. Von einer völligen  
Aufhebung der Grenzsperrung gegen Ausland kann keine Rede sein,  
es ist vielmehr Zeit, daß die Grenzen völlig gesperrt werden. Die  
Behauptung des Abg. Fischbeck, daß die Preise für Schweinefleisch  
jetzt höher sind, als vor 10 Jahren, ist bisher nicht bewiesen.  
Nebenbekämpft weiter die Petition des Berliner Magistrats,  
deren Angaben mit den Feststellungen des schlesischen Gesundheits-  
amtes nicht übereinstimmen. Wenn gesagt ist, die Landwirthe  
sollen sich selbst gegen die Seuchengefahr schützen, so erwidere ich,  
daß wir gern bereit sind, verhältnismäßig veterinärpolizeiliche Maß-  
nahmen im Inlande auszuführen, aber wir verlangen, daß  
und dann auch das Vieh gegen das Ausland schützt. Aus der ge-  
ringeren Viehversicherung haben nicht die Landwirthe, sondern der  
andere Theil Vortheil. Die Landwirthe erzielen heute nicht nur  
weniger Gewinn als früher, sondern sie müssen auch höhere  
Einkaufspreise zahlen, und das doppelt im Nachtheil. Den Hauptvortheil  
von höheren Preisen haben die Konsumenten und die Viehzüchter,  
die heute ganz enorm hohe Einnahmen beziehen. Auch die hohen  
Speisen des Berliner Viehmarkts, die sich auf 1 1/2 Mk. täglich  
belaufen, sind ausschließlich der Landwirtschaft anzuliegen.  
Seit Inkrafttreten der neuen Handelsverträge ist die Einfuhr aller  
landwirtschaftlichen Produkte erheblich gestiegen, und die vermehrte  
Einfuhr aus dem Auslande drängt unangenehm die inländische  
Produktion zurück. Günstig ist es, daß bei der Deffnung dieser  
Interpellationen endlich wieder einmal nationale Eindrücke laut ge-  
worden sind, ich hoffe, daß die Reichsregierung fortfahren wird, die  
deutsche Landwirtschaft zu schützen. (Beifall rechts.)

Abg. Wähler-Waldes (Antif.): Durch die Viehpreise wird  
wieder gut gemacht, was durch die Handelsverträge geschädigt ist.  
(Lurbe links.) Grundsätzlich ist es, daß die große Mehrheit des  
Reichstages darin einig ist, daß man in dem Streben  
fortfahren muß unsere Landwirtschaft vor der Seuchen-  
gefahr zu schützen. Wenn die deutsche Landwirtschaft  
jetzt noch nicht in der Lage ist, den Bedarf des deutschen  
Volkes zu decken, nun, so muß man eben danach streben, unsere  
Landwirtschaft dahin zu bringen, daß sie dieses Ziel erreicht. Die  
Interessen der Landwirtschaft bedürfen sich überall mit den  
Interessen des Kleinhandels, wir haben alle Ursache,  
diese wichtigen Gewerbe lebensfähig zu erhalten. Ueber  
die Rede des Landwirtschaftsministers haben wir uns alle  
gefreut, hoffentlich werden sie auf den Abg. Fischbeck einen nach-  
haltigen Eindruck machen, um so bedauerlicher ist die von den  
Zeitungen behauptete Thatsache, daß die Militärverwaltung ameri-  
kanisches Fleisch angekauft hat. Hoffentlich wird hier Wandel ge-  
schaffen.

Abg. Dr. Stephan (Deutsch. Chr.): Ich stehe mit meiner vollen  
Sympathie der deutschen Landwirtschaft gegenüber und bin auch  
damit einverstanden, daß alle notwendigen sanitären Maßnahmen  
getroffen werden, die zur Verhütung der Seuchen notwendig sind.  
Aber ich meine, man muß doch auch gewisse Rücksicht auf  
die Ernährung des Volkes nehmen. Ich kann uns nicht  
finden, daß Dr. Köhde in seiner Rede diese Rücksicht  
genommen hat. (Sehr richtig links.) Er hat sogar die  
Sperrung der ganzen russischen Grenze verlangt, eine Maßregel,  
die nicht einmal von seinen engeren Freunden empfohlen wird.  
Ich finde auch, daß die Ausführungen des Abg. v. Wangenheim  
durch ihre Sachlichkeit vortheilhaft abstecken von denen des Herrn  
Dr. Köhde. (Sehr richtig links.) Ich muß Maßnahmen wie  
Sperrung der ganzen russischen Grenze auf das Entscheidende  
entgegenstellen. Die Viehzucht hat ergeben, daß es zur  
Zeit absolut unmöglich ist, den obereschlesischen Industrie-  
bezirk mit seiner großen Arbeiterschaft vom Inlande aus  
allein mit dem notwendigen Schweinefleisch zu ver-  
sorgen. Die Viehzucht vom Jahre 1892 hat ergeben, daß  
295 000 Schweine im Regierungsbezirk Opper vorhanden waren,  
während in ganz Schlesien damals 658 102 Schweine existirten.  
Nach der Viehzählung von 1897 hat sich allerdings der Bestand  
etwas vermehrt. In ganz Schlesien gab es danach 789 682 Schweine.  
Aus diesen Beständen kann unmöglich der ungeheure Bedarf des ober-  
schlesischen Bezirkes gedeckt werden; er bedarf allein 70 000 aus  
eingeführte Schweine. Demnach der Tarifmäßigkeit für Schweine sind  
nur außerordentlich wenig Schweine nach Schlesien, speziell Ober-  
schlesien vom Inlande her importirt werden. Wollten wir diese  
70 000 russischen Schweine durch deutsche ersetzen, so müssen 130 000  
deutsche Schweine mehr als bisher importirt werden. Das Ver-  
langen, die Grenzen nur dann zu öffnen, wenn absolut keine  
Seuchengefahr droht, würde dahin führen, daß überhaupt nirgend  
die Grenze geöffnet würde. (Sehr richtig links.) In den letzten Jahren  
haben sich übrigens in Russland die Verhältnisse wesentlich gebessert.  
Es findet jetzt z. B. in Sednowice eine außerordentlich scharfe  
Kontrolle statt, wobei auch ein preussischer Beamter mitwirkt. Seit  
Mai 1897 haben wir in Benthien daher keinen einzigen Fall ge-  
habt, wo krankes Vieh zu uns eingeschleppt wurde. Die Sperrung  
der Grenze hat nur zur Folge, daß die Leute, indem sie sich für  
den einzelnen Fall Konzessionen ertheilen lassen, auf russisches  
Gebiet gehen und dort ihren Bedarf decken. Ich hoffe daher, daß  
die preussische Regierung wenigstens das Kontingent noch erheblich  
vermehrten wird. Der Fleischpreis ist in Oberschlesien ganz be-  
deutend in die Höhe gegangen. Vergleichen Sie doch die Preise,  
die früher in Oberschlesien gezahlt wurden, mit den jetzigen! Dann  
müssen Sie zugeben, daß das jetzige Kontingent nicht ausreicht.  
Mit der Kontingentirung sind einige Mißstände verbunden. In  
Benthien ist das Kontingent von Jahr zu Jahr herabgesetzt worden.  
Man hat dadurch nach meinem Dafürhalten wesentlich beigetragen,

die Fleischpreise zu erhöhen, denn die Folge ist, daß die ausländischen Händler genau wissen, es dürfen nur so und so viel Stück Schweine auf den Markt gebracht werden. Die Leute strecken doch unter einander unter einer Decke. Sie werden sich also und die Folge ist, daß auch nur so viele Schweine vorhanden sind, wie das Kontingent beträgt und die Folge davon ist wieder, daß die Preise in ganz unangenehmer Weise steigen. Ein weiterer Mißstand entsteht durch die Maßregel der preussischen Regierung, die den Zwischenhandel völlig entbehren zu können glaubt und deshalb bestimmt hat, daß das Kontingent der Schweine direkt an einzelne Fleischer gegeben wird. Das hat den Uebelstand zur Folge, daß der einzelne Fleischer dadurch dem russischen Großhändler auf Gnade und Ungnade ausgeliefert wird. Die Regierung in Döppeln hat das auch gewissermaßen zugegeben. Sie hat gesagt, es habe sich ein Kontingent gebildet, das mit Festsetzung einer Konventionalkasse sich verpflichtet, die Schweine nur zu einem gewissen Preise abzugeben. Das hat natürlich auch eine Preissteigerung zur Folge. Den Vorschlag des Abg. Dr. Kroschke, die Grenze ganz zu sperren, halte ich nicht nur für praktisch unausführbar, sondern auch den Handelsverträgen für widersprechend. Der Errichtung von Schlichtungshöfen ist es wesentlich zu verdanken, daß die Schweine mehr und mehr mit Erfolg bekämpft werden. Allerdings bin auch ich der Ansicht, daß man die Veterinärpolizei strengere handhaben muß, aber man muß sich auch von allen Uebeltrieben fern halten und darf keineswegs die Ansicht aufkommen lassen, daß ein absoluter Schutz gegen die Seuchengefahr möglich sei. Ich richte also zum Schluß an die verbündeten Regierungen, speziell an den Herrn Landwirtschaftsminister, die dringende Bitte, im Interesse der Ernährung unserer Bevölkerung den von Herrn Dr. Kroschke ertheilten Rathschlägen jedes zu Gehör zu vertragen. (Beifall links.)

**Abg. Nicker (fr. Reg.):** Herr von Hammerstein hat sich bereits entsetzt und die Rede des Abgeordneten Stephan nicht gehört. Sollte er es gethan, so würde er ihm zweifellos das Prädicat „Antinational“ ertheilen. Denn Herr Stephan ist für Ernährung der Bevölkerung eingetreten und das nennt ja Herr von Hammerstein antinational. (Rufen rechts.) Daß die sanitären Maßregeln den Handelsverträgen nicht widersprechen, darin stimme ich mit dem Handelsminister vollkommen überein. Aber dieser Verdacht ist doch entstanden im Inlande und Auslande (Rufen rechts) auf Grund der Forderung des Bundes der Landwirthe, die Grenze völlig zu sperren. Im Jahre 1896 sagte der Landwirtschaftsminister auf bezügliche Anregungen: Ich verlege es mir, unsere Beziehungen zu auswärtigen Staaten zu trüben. Und im Jahre 1897 betonte er, die Art und Weise der agrarischen Agitation habe eine große Reihe von Schwierigkeiten mit ausländischen Staaten geschaffen—in dem Bericht steht hier: Dörrrecht! und habe der Landwirtschaft keinen Nutzen gebracht. Hier steht: Widerspruch rechts. Sie auf der rechten Seite, meine Herren, sind es, die den Verdacht hervorgerufen haben, daß die Regierung nicht bloß die Einfuhr von Viehweiden verhindern will, sondern auch auf eine Preissteigerung des Fleisches ausgeht. Ich bin sehr verwundert, daß der Landwirtschaftsminister jetzt so viel Wohlwollen für die extremen Agrarier besitzt und nun selber den geringsten Widerspruch als antinational bezeichnet (Rufen rechts). Ich wundere mich auch, daß die Bundesratsmitglieder von Hamburg und Lübeck keine Ausführungen so ruhig angehört haben. Ich demüthige diese Bundesratsmitglieder, nicht national zu sein, denn Hamburg und Lübeck fordern ja eine erklarte Einfuhr von lebenden Schweinen und Rindern. Es steht also schlecht mit Ihnen, meine Herren! (Heiterkeit und Lachen rechts.) Wenn man diese ganze Frage zu einer nationalen streift, so überträgt man die wacklige Diskussion auf, denn wer heute national erscheint, kann morgen antinational sein. Wir verbittern uns und entscheiden, daß in dieser Weise mit Mitgliedern des Hauses vom Regierungssitz aus gesprochen wird. (Dol rechts. Sehr gut links.) Hieran knüpft ein von Mitgliedern der national-liberalen und der beiden konservativen Parteien unterzeichneter Antrag auf Schluß der Debatte ein.

**Abg. Singer (Soz.)** beantragt, über den Schlußantrag namentlich abzustimmen. Da der Antrag Singer von den Sozialdemokraten und den drei freisinnigen Parteien, also von mehr als 50 Mitgliedern unterstützt wird, so findet eine namentliche Abstimmung über den Schlußantrag statt. Für Schluß stimmen die Konservativen, die Reichspartei und die National-Liberalen, im ganzen 82 Mitglieder; gegen Schluß

stimmen die Antikemiten, Sozialdemokraten, die drei freisinnigen Parteien, der größte Theil des Centrums und die Polen, im Ganzen 143 Mitglieder.

Der Schlußantrag ist also abgelehnt. In der nun fortgesetzten Debatte erhebt zunächst gegen 6 Uhr das Wort der vordere im Saale erscheinende Landwirtschaftsminister Herr von Hammerstein. Wenn der Vorwurf in der Presse oder im Parlament erhoben wird, die verbündeten Regierungen versähen gegen die bestehenden Handelsverträge, so ist das, namentlich, wenn ein Beweis für die Berechtigung dieser Behauptung nicht klar und bestimmt erbracht wird, zum mindesten ein sehr unvorsichtiges Vorgehen, das die Stellung Deutschlands im Ausland keinesfalls befähigt, aber wohl schwer erschüttern kann. (Sehr richtig! rechts.) Ein solcher Vorwurf ist nun aber sowohl in der Generaldebatte zum Etat, von Herrn Wöhrler, als auch gestern von Herrn Fischbeck erhoben worden. Ich habe mich deshalb genöthigt gesehen — und halte meine gefühligen Reaktionen auch jetzt noch aufrecht — zu erklären, daß jede derartige Behauptung, die unsere internationalen Beziehungen zu erschweren, oder zu trüben geeignet ist, als eine Handlung nationaler Art nicht zu betrachten ist. (Sehr richtig! rechts. Anrufe links.) Wenn wir dann der Vorwurf gemacht werden ist, daß ich dem Abgeordneten Nicker nicht geantwortet habe, so ist das deshalb geschehen, weil ich es nicht für erforderlich gehalten habe. Diefelbe Forderung, die der Abg. Nicker hier erhoben hat, habe ich in der Besize des Bundes der Landwirthe seit Jahren angestellt gesehen, und wir sind ihr immer wieder als einer unberechtigten entgegengetreten. Denn hat der Abg. Nicker Bezug genommen auf Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus. Das gehört eigentlich nicht hierher! (Dol links.) Ich will aber doch Einiges darauf erwidern: Der Abg. Nicker hatte einen Antrag eingebracht, die preussische Regierung möge, soweit sie dazu in der Lage sei, bei der Reichsregierung dahin wirken, daß die Seuchenpolizei und die sanitäre Polizei strengt als bisher gehandhabt werde, und er begründete seinen Antrag damit, daß er sagte, die Viehpreise in Deutschland bewegten sich auf einem so niedrigen Niveau, daß bei der schwierigen Lage, in der die Landwirtschaft sich befände, es in hohem Grade erwünscht sei. Gegen diese Deduktion habe ich damals meine Resorption gerichtet, die ich vollständig aufrecht erhalte. Ich führte aus, die Seuchenpolizei dürfe nicht eine Preissteigerung erleiden, das sei mit den Handelsverträgen nicht vereinbar, wohl aber sei es denkbar, daß Maßnahmen auf veterinärem Gebiet unbedenklich eine Preissteigerung herbeiführten.

Ich komme dann noch zu einer meiner geführten Reaktionen, die zu Mißverständnissen Anlaß gegeben hat. Im stenographischen Bericht findet sich an einer Stelle das Wort „deutsch“, während ich das Wort „ausländisch“ gebraucht habe, und es ist aus dem Wortlaut des Berichtes gefolgert worden, daß die betreffende Stelle gegen die Haltung der Sanitätsräthe in dieser Frage gerichtet gewesen sei. Ich habe den stenographischen Bericht durchgesehen und habe gern Anlaß genommen, das Versehen zu berichtigen, umso mehr als aus dem Zusammenhange ganz klar hervorgeht, daß ich einen Vorwurf gegen die Sanitätsräthe nicht habe erheben wollen; und Herr Kroschke, der heute Morgen wegen dieser Sache bei mir war, hat sich damit vollständig beruhigt. Da heute die Sache davon bezeugt wurde, um einen gewissen Widerspruch zwischen den verbündeten Regierungen und denen von Hamburg und Lübeck zu konstatiren, so freue ich mich, daß es mir möglich geworden ist, das Mißverständnis öffentlich anzupflichten und zu berichtigen. (Beifall rechts.)

**Abg. Hofe (Soz.):** Es sei eine Doktorfrage, ob die deutsche Landwirtschaft den Bedarf Deutschlands an Vieh und Getreide decken könne. Die Bevölkerung leide jedenfalls unter den hohen Getreide- und Fleischpreisen und erwarte Maßregeln, um dieselben zu erniedrigen. Der Nachweis, daß die Grenzpolizei die Seuchen abhalte, sei nicht gelungen, durch alle gegnerischen Reden zog sich vielmehr der Gedanke, daß die jetzigen hohen Preise aufrecht gehalten werden müßten. Es gebe genug freisinnige und sozialdemokratische Grundbesitzer, welche lächen, wenn man ihnen sage, die Grenzpolizei bewirke nur die Abwehr der Seuchen. Redner geht dann auf Königberger Verhältnisse ein und befreit, daß in Döppeln ein Händler-King bestrebe. Herr v. d. Gröden-Kreuzen hat sich recht abfällig über das Material der Landwirtschaftskammer geäußert. Herr Dr. Baasche hat der Stadt Berlin einen Hieb verleiht, aber über Frage deren Vertheilung thumhoch alle agrarischen Leistungen. Die wirtschaftliche Lächerlichkeit des Vortrags leide sehr

Einbuße durch die hohen Fleischpreise, die Arbeiter selbst erklären in großen Schaaeren, daß bei ihnen kein Fleisch mehr auf den Tisch komme. Der Hamburger, Königsberger, Galtener, Karlsruher Magistrat hätten ebenso wie der Berliner Magistrat einen Rothband konstatirt. Die Steigerung der Fleischpreise sei zweifellos durch die Grenzpolizei herbeigeführt. Natürlich dürfe keine Seuche eingeschleppt werden, aber die Seuchengefahr sei sowohl an der ostpreussischen, wie ober-schlesischen Grenze sehr geschwunden. Unsere Behörden sehen sich über das Geleg hinweg, indem sie die Thieren gegenwärtig aufrecht erhalten. Die russische Regierung habe schon offiziell erklärt, daß die Grenzpolizei anrecht erhalten werde nicht wegen der Seuchengefahr, sondern um die Preise den Agrariern zu Liebe hoch zu halten. Die Regierung liefere hier in der Abhaltung der Gelege ein sehr schlechtes Beispiel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einem konservativen Flugblatt während der Wahlen habe gefunden, das Schweine sei die Sparbüchse des ostpreussischen kleinen Landwirths (große Heiterkeit), im Uebigen habe das Sozialdemokraten stimmten. Unsere Staatsmänner thun nichts, um die Quellen der Unzuchttheiligkeit zu verstopfen, deshalb werde die Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen noch weit mehr Stimmen vom platten Lande bekommen als jetzt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

**Abg. v. Santa-Rosa (Soz.)** (Wol): In meinen Gegenden ist man von der Nothwendigkeit der Speiseregeln so überzeugt, daß man weniger gern auf sie verzichten würde, als auf die Getreidepreise.

**Abg. Schreyff (Konf.)** vermischt den Nachweis für die Behauptung, daß Deutschland seinen Fleischbedarf nicht selbst produziren könne. Ueber die Fleischnoth tragen höchstens einige Großhändler. Die Redner der Linken hätten die Interessen des Auslandes wahrzunehmen. Er glaube nicht, daß es irgend ein Parlament der Welt gäbe, in dem das Ausland so vorzüglich vertreten sei. Das trage nicht dazu bei, das Ansehen des deutschen Reichthums zu heben. (Lachen bei den Sozialdemokraten, Beifall links.) In der ganzen Frage fänden die Ansichten so diametral gegenüber, daß man fragen könnte: Wie soll die Weibling! die Agrarier, die Anti-Agrarier! (Lachen links.) Die Gründe der Gegenpartei seien so wenig stichhaltig, daß sie nicht in Betracht kommen könnten. Die Frage sei keine ostpreussische, sondern alle Landwirthe des Reichs stimmten in ihrer Beurtheilung überein. Er sei überzeugt, daß die ganze Fleischnoth nur auf Viehtriebereien beruhe. Der Bauer kante sich nicht selbst helfen, so lange nicht die Regierung mit thoren Maßregeln ein- greife. Es handele sich darum, den deutschen Bauern und Mittelstand zu schützen, und daneben müßten alle Parteistellen verschwinden. Daß der deutsche Bauer zu Grunde gehe, lächelte er nicht. Denn der sei zäh und habe schon viel Schlimmeres ertragen. Wohl aber gebe der Fabrikarbeiter und Handwerker zu Grunde. Man möge suchen, diese Frage leidenschaftlos und ruhig auf Grund der Thatfachen zu untersuchen. Ein württembergischer Beamter habe bei Straßfällen die Gewobtheit gehabt, seinen Gegner zu fragen: Weislich Du das gewislich? Soziale dieser dann ja, bemerkte er: Nun, ich weiß das Gegenstück auch gewislich! Also hat es keinen Zweck, weiter zu streiten. (Große Heiterkeit, Lachen bei den Soz.) In dem hier vorliegenden Falle ist es ebenso; weiterer Streit hat keinen Zweck mehr. (Beifall bei den Soz.)

**Staatssekretär Graf Hofadowsky:** Er könne die Reaktionen des Abgeordneten Hofe nicht unwidersprechen lassen. Die Regierung kenne die Dinge ganz genau, auch wo statistische Daten fehlten. Die Seuchengefahr habe bestanden und bestehe noch in hinreichendem Maße. Im Uebrigen möge der Abg. Hofe in seinen Behauptungen etwas vorsichtiger sein, denn seine Bemerkungen, daß die Berichte der Regierungen über die Fleischnoth unrichtig seien, seien nicht weiter als halblebe Verdächtigungen.

**Abg. Schlinger (bair. Bauernb.):** Der Weizen der Sozialdemokratie blühe nur, wenn es den Bauern schlecht gehe, deshalb könne sie ihnen nicht die höheren Preise. Redner schließt eingehend die Lage der süddeutschen Bauern. Er wünsche, daß das Centrum möglichst agrarischen Tendenzen folge. Hieran wird die Besprechung geschlossen. Es folgen eine Reihe verfallender Bemerkungen der Abg. Dr. Kroschke, Fischbeck, Hofe.

Nächste Sitzung Donnerstag: Mittagsvorlag. Schluß 7½ Uhr. Herausgeber und verantwortlicher Redakteur Otto Reuß in Karlsruhe.

**Wirtschaftsverpachtung**  
Die auf dem hiesigen Schloß und Viehhofe eingerichtete Schankwirtschaft soll wegen Ablaufs des jetzigen Pachtverhältnisses am 24. Juli 1899 neu verpachtet werden.  
Die Pachtgebühren betragen in und umher:  
a. Im Sommer: Rind, Schwein, Kalber und Wirtschaftsfelder;  
b. im Herbst: einem großen Wirtschaftsfeld und kleinem Nebenimmer;  
c. über einer Treppe: Wohnung von 3 Zimmern;  
d. im Dachboden: Magdalkammer und Speicherraum.  
Kautionsfähige Pächterhaber wollen ihre Angebote mit Zeugnissen und Vermögensangaben bis zum 1. Februar 1899 schriftlich bei und einreichen.  
Die Pachtbedingungen liegen inzwischen in der Stadtkasse im II. Stock des Rathhauses zur Einsicht offen; auch können dieselben dort gegen Erlass der Pachtgebühren bezogen werden.  
Heid. 1899. 30. Dezember 1898.  
Der Stadtrat:  
Dr. Roth. Bebel.

**Kaiser-Blume**  
feinster Saft  
süß, halbtrocken  
und trocken  
von  
**Gebrüder Hoehl**  
in Geisenheim.  
K. bay., K. ital. u. K. rumän. H. d. Kaiserlichen Hoflieferanten  
Schaumwein-Keller.  
Zu beziehen durch die Weinhandlungen. (29)

**Für Jäger!**  
Sämtliche Pelze und Bälge werden mit den Haaren nach neuester erprobter Methode bestens gerodet von  
5561.—8  
**H. Hofmeister,**  
Reberfabrik, Heilsberg.

**L. Goldmann, Karlsruhe,**  
22 Amalienstrasse 22.  
**Spezial-Geschäft**  
für Fussleidende.  
**Anfertigung** o o o o  
feinster Maassarbeit  
**Reit- u. Marschstiefel**  
etc. etc.  
**Reelle und prompte**  
Bedienung.



Einem geehrten Publikum die ergebene Mittheilung, dass ich neben meinem **Maassgeschäft u. gut eingerichteten Schuhwaarenlager** eine  
**vorzügliche Reparaturwerkstätte**  
eingerichtet habe. Ich bitte dieselbe nicht mit den in letzter Zeit angebotenen Schnell-Sohlereien zu vergleichen, indem in diesen die meisten und schönsten Schuhe und Stiefel verdorben werden.  
Herren-Sohlen und Fleck . . . . . Mk. 2.80.  
Damen . . . . . Mk. 2.20.  
Kinder . . . . . von Mk. 1.20 an.  
Um gültiges Wohlwollen bittend, zeichnet  
hochachtungsvoll  
**L. Goldmann.**

**Mk. 45**  
**S. Jacobsohn, Berlin, Prenzlauerstr. 45**  
Lieferant des Verbandes deutscher Beamten-Vereine, eingeführt in Lehrer-, Förster-, Militär-, Post-, Bahn- und Privat-Kreisen, versendet die in allen möglichen Gegenden Deutschlands von allen Seiten anerkannten besten hoch- u. niedrig- u. neuartigen  
**Nähmaschinen** neuester Construction, starker Bauart, hochelegantem Nussbaumtisch, Verschlußkasten mit sämtlichen zu gewerblichem Betriebe. Ringschiffen-Apparaten für 1ger Probezeit und jährlicher Garantie. Alle Systeme schwerster Maschinen zu gewerblichem Betriebe. Ringschiffen-maschinen, Schußmaschinen zu billigen Fabrikpreisen. Katalog und Anerkennungen gratis und franco. Maschinen, die nicht gefallen, nehme auf meine Kosten zurück. Referenzen über die Güte meiner Maschinen kann in allen Orten angeben. 227.5.1

**ROTH**  
**Roser-Roth**  
empfehlen ihre vorzügliche  
garantirt reine  
**Vanille-Chocolade**  
zum Kochen per Pfd.  
Mk. 1.1, 1.40, 1.60, 2. u. höher  
**Kaiser-Chocolade**  
zum Essen per Pfd.  
Mk. 1.20, 1.40, 1.60, 2. u. höher  
**Fürsten-Chocolade**  
Mk. 2.50 Pfd.  
Verkaufsstellen durch Pakete ersichtlich.

**Maschinenfabrik.**  
Eine seit vielen Jahren bestehende u. in bestem Betriebe sich befindliche, mittlere Maschinenfabrik. Spezialität landwirtschaftlicher Maschinen und Geräthe, nebst elektr. Motoren für Betriebe und Mühlen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Reparatur, in unternehmenden Ausführungsbedingungen zu verkaufen und je nach Wunsch des Käufers zu beliebigiger Zeit zu übernehmen. — Nähere Auskunft durch das **Edw. Gsch. u. Söhne**, Bern, Jura, Stuttgart, Wolltehr. 20.

**Der Kaufmännische Verein in Frankfurt (Main)**  
empfiehlt für Besetzung 1893.24.12  
**offener Stellen**  
sowie für Mitglieder und Geschäftsinhaber kostenfreie Vermittlung. (Bisher rund 40 000 Stellen vermittelt).

**Wer**  
in Süddeutschland  
und Schweiz  
ein Objekt: Gölz, Gasthof, Restauration, Bierbrauerei, Fabrik, Wohn-, Geschäftshaus, Rentenhause, Villa oder Herrschaftshaus, Hof- oder Landgut, Abfahrungen, Bauspände zu kaufen, verkaufen oder zu verpachten beabsichtigt, der wende sich an das Eigenschaftsbureau für Süddeutschland von **Gustav Dammel** in Konstanz.

**Ananas-Rum**  
Feinster Theobaldus!  
Unerreicht zu Grog und Punsch!  
Absoluteste Reinheit garantiert!  
2 Drg. Ban-Fisch. R. 6.—) Fr. infk.  
4 Liter-Roth-R. 5.—) 10.—) Baden.  
**Th. Nissen,** Flensburg Nr. 6.  
Rum-Importeur. 48.—

**C. Jessen,**  
Karlsruh. 29 a.  
Großes Lager vorzüglicher  
**Badischer, Pfälzer**  
und **Rheinweine.**  
Billige Fischweine im Froh-  
u. feinste Radgange in Pfälzern.  
**Moselweine**  
zu 50, 60, 75, 90, 100, 120 Pfg.  
per Liter im Faß oder per  
Fische. 60.50.47  
Proben frei in's Haus.

**Kostenfreie 85.861**  
**Stellenvermittlung** vom  
Verband Deutscher Handlungs-  
gehilfen zu Leipzig.  
Die große Ausgabe der Verbands-  
blätter (Mk. 2.50 vierteljährlich) bringt  
wöchentlich 2 Listen mit je 5000 Namen  
kaufmännischen Stellen jeder Art aus  
allen Gegenden Deutschlands.  
Geschäftsstelle Nürnberg, Adlerstr. 18